

Wenn wir in einer weltoffenen und von Akzeptanz geprägten Gesellschaft leben wollen, müssen wir selbst aktiv werden. Hierzu gibt es keine Alternative.

In den vergangenen Jahren haben sich immer mehr IG BCE Kolleginnen und Kollegen in den Landesbezirken, Bezirken, Ortsgruppen, Vertrauensleute und Betriebsräte mit eigenen Initiativen an den Wochen gegen Rassismus beteiligt. Angesichts der feigen Mordserie und der Anschläge rechtsextremer Terrorgruppen ist es notwendiger denn je, sich für eine Gesellschaft einzusetzen, in der Rassismus und Rechts extremismus geächtet werden.

Wir fordern euch auch dieses Jahr auf:

Ergreift die Initiative, startet Projekte und Veranstaltungen in den Betrieben, Verwaltungen und Berufsschulen, macht die Themen öffentlich!

Weitere Informationen erteilen:

IG BCE Hauptvorstand

- Abteilung Politische Schwerpunktgruppen
Tel.: 0511 76 31 - 229
Fax: 0511 76 31 - 708
E-Mail: abt.politische-schwerpunktgruppen@igbce.de
 - Abteilung Junge Generation / Ausbildung
Tel.: 0511 76 31 - 471
Fax: 0511 76 31 - 773
E-Mail: abt.jugend@igbce.de
- Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS

10.-23. März 2014



INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS

vom 10. - 23. März 2014

Am 21. März 1960 geschah im südafrikanischen Sharpeville das Unfassbare: Bei einer friedlichen Demonstration vieler schwarzer Bürger gegen die damals geltenden Passgesetze schoss die Polizei wahllos in die Menge. 69 Menschen wurden getötet, viele weitere verwundet.

Zur Erinnerung an dieses Datum riefen die Vereinten Nationen sechs Jahre später, 1966, den 21. März zum »Internationalen Tag zur Überwindung von Rassismus« aus. Ein Datum, das in Deutschland leider wenig Beachtung erfährt.

Das symbolische Datum »21. März« erinnert uns daran,

- dass Menschen tagtäglich auf der ganzen Welt diskriminiert werden,
- dass der Rassismus gerade in unserem Land eine furchtbare Geschichte hat,
- dass Ausgrenzung und Diskriminierung für viele Menschen in Deutschland zur täglichen Realität gehören,
- dass rassistische Denkmuster uns selbst beeinflussen.

Obwohl wir in der Arbeitswelt, wo überwiegend Gewerkschaften darauf achten, dass Missstände beseitigt werden, weiter sind als in der Gesellschaft insgesamt, gibt es auch da Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Benachteiligungen in der innerbetrieblichen Hierarchie, in Aus- und Weiterbildung und mangelnde Aufstiegschancen für Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund müssen benannt und bekämpft werden.

Um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu überwinden, um Chancengleichheit zu erreichen, um Benachteiligung im Betrieb noch wirksamer bekämpfen zu können, bedarf es verstärkter Aktivitäten von Betriebsräten, Jugend- und Auszubildendenvertretern, Vertrauensleuten, Ortsgruppen, Gewerkschaften und Arbeitgebern. Eine gute Grundlage bietet

das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Vielfalt als Chance nutzen

Die IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) haben eine Sozialpartner-Vereinbarung zum **Diversity-Management** im Unternehmen abgeschlossen. Hintergrund der Übereinkunft ist einerseits der demografische Wandel mit einer älteren und zugleich schrumpfenden Bevölkerung, andererseits die Absicht, das Potenzial der Vielfalt in den Betrieben besser zu nutzen. In Zukunft werden in Deutschland weniger Erwerbspersonen zur Verfügung stehen. Deshalb gilt es, alle verfügbaren Potenziale zu nutzen, gerade auch diejenigen der Menschen mit Migrationshintergrund.

Die IG BCE und der BAVC empfehlen, einerseits weitere Betriebsvereinbarungen zum partnerschaftlichen Verhalten am Arbeitsplatz abzuschließen, andererseits die Vielfalt in den Betrieben durch entsprechende Diversity-Management-Konzepte besser zu nutzen. Die IG BCE und der BAVC beraten und begleiten Betriebsräte und Unternehmen bei der Umsetzung einer von Diversity-Kultur geprägten Unternehmenspolitik.

Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen

In Deutschland lebenden Menschen muss die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – ermöglicht werden. Rassismus verletzt Menschen in ihrer Würde und gefährdet den gesellschaftlichen Frieden. Denn Diskriminierungserfahrungen und offene Anfeindungen können zur Radikalisierung von Betroffenen beitragen.

Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus braucht einen langen Atem. Dabei dürfen wir uns nicht allein auf den Staat verlassen. Wir sind aufgefordert, sowohl Netzwerke und dauerhafte Strukturen gegen rassistische Gewalt auf- als auch bestehende auszubauen.